

# "Rechtschreibreform reformieren" - Lob für Stoibers Vorschlag auch aus der PDS

Berlin. Der Vorschlag mehrerer Ministerpräsidenten der Union, die Rechtschreibreform in der Ministerpräsidentenkonferenz auf die Tagesordnung zu setzen, um sie dann möglicherweise zurückzunehmen, hat am Wochenende quer durch die politischen Lager Widerhall gefunden. Die stellvertretende Bundestagspräsidentin Antje Vollmer, die kulturpolitische Sprecherin der Grünen-Fraktion ist, sagte am Samstag, sie unterstütze den Vorstoß. Die Rechtschreibreform habe von Anfang an "Züge von Willkür" getragen. Man könne eben die deutsche Schriftsprache nicht gegen die überwiegende Mehrheit aller derer verändern, die sie, wie etwa Schriftsteller und Dichter, besonders intensiv nutzten. "Wenn die überwiegende Zahl der Menschen sagt: Es entspricht unserem Schönheitsgefühl, bei der alten Form zu bleiben, dann ist es für die Politik besser, einen Fehler zu korrigieren, als auf ihm zu beharren."

Auch der Berliner Kultursenator Thomas Flierl (PDS) rief zu einer "vorsichtigen Reform der Reform" auf. Die vorgebliche Modernität der neuen Rechtschreibung sei nichts anderes als ein "Verschleiern von Geschichte". Daß die Spuren der Vergangenheit, etwa durch die Eindeutschung von Fremdwörtern, getilgt würden, widerspreche "dem Prinzip Sprache". Auch die Zerteilung zusammengesetzter Wörter sei "ein Ärgernis", weil sie der Sprache Ausdrucksmöglichkeiten nehme. Die Ministerpräsidenten Peter Müller (CDU, Saarland), Edmund Stoiber (CSU, Bayern) und Christian Wulff (CDU, Niedersachsen) hatten zuvor vereinbart, das Thema im Oktober der Ministerpräsidentenkonferenz vorzulegen und der Konferenz der Kultusminister die Zuständigkeit dafür zu nehmen.

Text: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 11.07.2004